

Betreff: Oktober-Newsletter der Kampagne Steuer gegen Armut

Von: "Transaktionssteuer@googlemail" <transaktionssteuer@googlemail.com>

Datum: Sun, 14 Oct 2012 23:26:54 +0200

An: steuer-gegen-armut@listen.attac.de

Liebe Leserinnen und Leser,

vorige Woche erklärte EU-Steuerkommissar Semeta, dass nun elf EU-Mitgliedsstaaten die Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Rahmen der "Verstärkten Zusammenarbeit" unterstützen. Dies ist ein großer Erfolg. Damit sind auch Befürchtungen hinfällig, die notwendige Zahl von mindestens neun Mitgliedsstaaten würde nicht erreicht.

In den nächsten Wochen müssen nun das Europäische Parlament und der Europäische Rat das Verfahren billigen. Die Verhandlungen über die konkrete Ausgestaltung der Steuer dürften erst im nächsten Jahr beginnen. Die Steuer könnte aber im besten Fall noch 2013 verabschiedet werden.

Derweil hat der französische Präsident Hollande vor der UN-Vollversammlung erklärt, dass 10 % der Einnahmen aus französischer Steuer auf Finanztransaktionen, die im Frühjahr beschlossen wurde, für weltweite Armutsbekämpfung verwendet werden sollen.

Unsere Kampagne trifft sich am 15. und 16. Oktober zu einer Bilanz- und Strategietagung in Nürnberg.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Finanztransaktionssteuer per "Verstärkter "Zusammenarbeit" beantragt
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

28. September: [Deutschland und Frankreich](#) beantragen gemeinsam bei der EU-Kommission, das Verfahren zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Rahmen einer "Verstärkten Zusammenarbeit". Sie fordern in einem Brief weitere Staaten dazu auf, sich der Initiative anzuschließen.

27. September: Die [Union](#) hält weiter an der Finanztransaktionssteuer mit mindestens neun EU-Staaten fest. "Es ist nur eine Frage der Zeit, wann wir die neun zusammenhaben", so Finanzstaatssekretär Thomas Steffen.

26. September: SPD-Kanzlerkandidat [Peer Steinbrück](#) fordert eine Finanztransaktionssteuer. Er vergisst aber die Einnahmenverwendung für globale Belange, die seine Partei als Mitgliedsorganisation von "Steuer gegen Armut" unterstützt.

Entwicklungen im Ausland:

29. September: Die [finnische Finanzministerin Jutta Urpilainen](#) plädiert für eine Finanztransaktionssteuer und wünscht sich ein stärkeres Engagement Finnlands bei ihrer Einführung.

29. September: Die [US-amerikanische Kampagne](#) zugunsten einer Finanztransaktionssteuer nimmt an Fahrt auf.

28. September: [EU-Steuerkommissar Semeta](#) hofft auf eine baldige Finanztransaktionssteuer: "Die Bürger warten auf diese Steuer. Je schneller sie vorankommt, umso besser."

28. September: Laut Handelsblatt hat sich [Polen](#) für eine Finanztransaktionssteuer erwärmt - sofern die Einnahmen in den EU-Haushalt fließen.

26. September: Mindestens 10 % der französischen Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sollen in die internationale Solidaritätsarbeit (Armutsbekämpfung, Gesundheitsfürsorge) fließen, so Frankreichs Präsident [Francois Hollande](#).

26. September: Ein Kommentar in der [USA Today](#), auflagenstärkste Zeitung der USA, spricht sich für eine Finanztransaktionssteuer aus.

26. September: Italien und Spanien wollen keine Finanztransaktionssteuer mehr einführen, schreibt das [Handelsblatt](#). Nach unseren Informationen ist das eine Fehlinformation.

19. September: Die [spanische Regierung](#) plant angeblich, ab Januar 2013 eine Finanztransaktionssteuer nach französischem Vorbild einzuführen.

17. September: Der [US-Abgeordnete Bill Ellison](#) bringt einen Gesetzentwurf zugunsten einer Finanztransaktionssteuer ein.

3. September: Der [Hochfrequenzhandel](#) - Computerhandel im Millisekundentakt - greift um sich.

Finanztransaktionssteuer per "Verstärkter Zusammenarbeit" beantragt

Nachdem im Juni die EU-weite Finanztransaktionssteuer im Ecofin durchgefallen war, hatte ein Dutzend Staaten erklärt, die Einführung der Steuer im kleineren Rahmen trotzdem weiter verfolgen zu wollen. Dazu sollte das Verfahren der "Verstärkten Zusammenarbeit" eingesetzt werden, bei dem eine Gruppe von mindestens neun EU-Staaten ein auf Gesamt-EU-Ebene gescheitertes Projekt durchsetzen kann. Zur Aufnahme dieses Verfahrens müssen mindestens neun Staaten einen entsprechenden Antrag stellen. Frankreich und Deutschland haben am 28. September in einem gemeinsamen Brief an die Europäische Kommission diesen Antrag gestellt

In dem von Schäuble und seinem französischen Kollegen Moscovici unterschriebenen Brief wird die Kommission aufgefordert, die Verstärkte Zusammenarbeit auf der Grundlage des Richtlinienentwurfs einzuleiten, den die Kommission im September vergangenen Jahres vorgelegt hatte. Außerdem wird vorgeschlagen, noch einmal Umgehungsmöglichkeiten zu prüfen, um Schlupflöcher zu schließen.

Weitere Staaten zogen in den folgenden Tagen mit eigenen Anträgen nach. Am 10. Oktober hatten zum Treffen der EU-Finanzminister sieben Staaten einen schriftlichen Antrag gestellt, vier weitere einen solchen angekündigt. Somit konnte EU-Steuerkommissar Semeta verkünden, dass die teil-europäische Einführung der Steuer in Angriff genommen würde.

Das ist ein Durchbruch auf dem Weg zur endgültigen Implementierung der Finanztransaktionssteuer und ein großartiger Erfolg auch für unsere Kampagne. Außer den vier größten Volkswirtschaften der Euro-Zone – Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland – sind auch Österreich, Belgien, Estland, Griechenland, Portugal, die Slowakei und Slowenien mit dabei. Weitere Staaten könnten später noch

dazustoßen.

Der Kommissionsentwurf kommt bei der Ausgestaltung unseren eigenen Vorstellung recht nahe. Allerdings fehlt als wichtiger Punkt die Frage der Verwendung der Steuer. Hier wollen wir bekanntlich, dass ein Teil zur Armutsbekämpfung und zur Umwelt- und Klimaschutzfinanzierung verwendet wird. Daher wird es auch in den kommenden Monaten notwendig sein, dass wir den politischen Druck aufrechterhalten.

Laut [Bundesfinanzministerium](#) stehen jetzt die folgenden Schritte an:

- Die Europäische Kommission arbeitet einen Vorschlag für eine FTT in Verstärkter Zusammenarbeit aus.
- Der Vorschlag der Kommission muss vom Europäischen Parlament mit einfacher Mehrheit gebilligt werden.
- Auch der Rat muss die zur Verstärkten Zusammenarbeit bereiten Mitgliedstaaten mit qualifizierter Mehrheit dazu ermächtigen.
- Daran schließt sich die inhaltliche Ausarbeitung der FTT in den Arbeitsgruppen des Rates an, und zwar in der Zusammensetzung der teilnehmenden Staaten an der Verstärkten Zusammenarbeit.
- Schlussendlich muss der endgültige Gesetzestext zur Einführung einer FTT von den an der Verstärkten Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen werden.

Kampagnenaktivitäten

Bilanz- und Strategietagung der Kampagne am 15./16. Oktober in Nürnberg

Am 15./16. Oktober findet in Nürnberg eine Bilanz- und Strategietagung der Kampagne "Steuer gegen Armut" statt. Die Kampagne feiert auch ihr dreijähriges Jubiläum. Der erste Tag ist öffentlich und bietet verschiedene Podiumsdiskussionen an. Am zweiten Tag treffen sich die Träger der Kampagne zur internen Strategieberatung.

Hier das [Programm](#).

Pressemitteilungen

2. Oktober: Wichtiger Schritt zur Einführung der Finanztransaktionssteuer in Europa. Schäuble und Moscovici fordern Einleitung des Verfahrens für verstärkte Zusammenarbeit

Die Kampagne sieht im gemeinsamen Brief des deutschen und französischen Finanzministers einen Durchbruch auf dem Weg zu einer europäischen Finanztransaktionssteuer.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

9. Oktober: Finanztransaktionssteuer: Bündnis "Steuer gegen Armut" wird Umsetzung kritisch beobachten

Elf EU-Staaten haben sich darauf geeinigt, einen Antrag auf eine "Verstärkte Zusammenarbeit" zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu stellen. Unsere Kampagne wird den Prozess kritisch begleiten.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#).

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.